

Konsultationspapier –

Weißbuch über die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten

thyssenkrupp Steel Europe AG (tkSE) | 23. September 2020

Bitte stellen Sie sich vor und erläutern Sie Ihr Interesse und Ihre Motivation zur Teilnahme an dieser öffentlichen Konsultation.

thyssenkrupp Steel gehört zu den weltweit führenden Herstellern von Qualitätsflachstahl und steht für Innovationen in Stahl und hochwertige Produkte für modernste und anspruchsvolle Anwendungen. Steel beschäftigt rund 27.000 Mitarbeiter und ist mit einem Produktionsvolumen von jährlich ungefähr 11 Millionen Tonnen Rohstahl der größte Flachstahlhersteller in Deutschland. Das Leistungsspektrum reicht von kundenspezifischen Werkstofflösungen bis hin zu werkstoffnahen Dienstleistungen. Der Stahlsektor sieht sich immer wieder unfairen Handelspraktiken ausgesetzt, der oftmals in ausländischen Subventionen begründet liegt. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die angestoßenen Arbeiten der EU-Kommission und wollen uns nun aktiv in die Erarbeitung eines effektiven Schutzes gegen ausländische Subventionen einbringen.

- 1. Besteht Ihrer Meinung nach Bedarf an neuen Rechtsinstrumenten, um Verzerrungen des Binnenmarkts aufgrund von Subventionen, die von Nicht-EU-Behörden gewährt werden ("ausländische Subventionen"), anzugehen? Bitte erläutern Sie und nennen Sie auch Beispiele vergangener Verzerrungen durch ausländische Subventionen.**

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es nahezu unmöglich ist, im Rahmen der WTO gegen Subventionen aus Drittländern und staatliche Unternehmen vorzugehen. Darüber hinaus kommen viele WTO-Mitglieder ihren Verpflichtungen, Subventionen bei der WTO anzumelden, nicht nach, was die Verhängung von Sanktionen zur Behebung von Situationen unlauteren Wettbewerbs erschwert. Bei den traditionellen Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen handelt es sich um punktuelle Maßnahmen, die sich auf jeweils ein Produkt pro Land und Zeitpunkt beschränken. Bei den Stahlschutzmaßnahmen der EU handelt es sich um außergewöhnliche, vorübergehende Maßnahmen (die am 1. Juli 2021 auslaufen), die darauf abzielen, Handelsumlenkungen abzuschwächen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass Stahlunternehmen in der EU bzw. in assoziierten Mitgliedstaaten, die von Schließung oder Verlusten bedroht sind, mehr und mehr von subventionierten Drittlands Unternehmen aufgekauft werden. Dadurch wird ein immer größerer Anteil des EU-Marktes verzerrt und die industrielle Basis in der EU untergraben.

- 2. Sind Sie der Meinung, dass der im Weißbuch vorgestellte Rahmen die durch ausländische Subventionen verursachten Verzerrungen im Binnenmarkt angemessen berücksichtigt? Bitte erläutern Sie dies.**

Die Thyssen Krupp Steel Europe AG begrüßt die Initiative der Kommission und schlägt Folgendes vor:

- Im Stahlsektor, der weltweit mit massiven Überkapazitäten konfrontiert ist, sollte die Kommission stärker davon ausgehen, dass Subventionen gezahlt werden.
- Während die EU für Investitionen offenbleiben muss, sollte davon ausgegangen werden, dass ein grundlegendes langfristiges Interesse der EU an der Beseitigung der durch ausländische Subventionen verursachten Verzerrungen besteht.
- Alle Subventionen, die einem Unternehmen gewährt werden, unabhängig davon, wo es niedergelassen ist, und die jede Tätigkeit erleichtern, die den Binnenmarkt verzerrt, sollten erfasst werden.
- Sanktionen sollten verhältnismäßig sein, aber abschreckend wirken, um die Unternehmen zu veranlassen, die erforderlichen Informationen rechtzeitig und transparent bereitzustellen.

Modul 1

1. Sind Sie der Meinung, dass Modul 1 angemessen auf Verzerrungen des Binnenmarktes durch ausländische Subventionen eingeht, wenn diese Unternehmen in der EU gewährt werden?

Zur wirksamen Bekämpfung ausländischer Subventionen sollten zudem in Modul 1 folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Die Definition der abgedeckten Subventionen muss weiter gefasst werden. Die Definition der ausländischen Subventionen in Anhang 1 übernimmt im Wesentlichen diejenige der WTO, die auf der Verpflichtung der WTO-Mitglieder beruht, ihre Subventionsregelungen zu deklarieren. Dieser Verpflichtung sind in der Vergangenheit nur wenige Mitglieder nachgekommen. Aus diesem Grund halten wir eine Ausweitung der Definition für angemessen.
- Die Liste der erfassten Subventionen sollte nicht abgeschlossen sein, sondern alle Subventionen abdecken, die einem Unternehmen gewährt werden, unabhängig davon, wo es niedergelassen ist.
- Die Definition von "Verzerrungen im Binnenmarkt" muss ausreichend flexibel sein und Fälle von per se verzerrenden Auswirkungen berücksichtigen.
- Die EU Prüfung auf Gemeinschaftsinteresse muss von der Annahme ausgehen, dass ein Interesse an der Beseitigung von Verzerrungen und an einer starken industriellen Basis in Europa besteht.
- Abhilfemaßnahmen müssen ausreichend wirksam und abschreckend sein.

2. Sind Sie mit dem im Weißbuch vorgestellten Verfahrensaufbau, d.h. dem 2-stufigen Untersuchungsverfahren, den Ermittlungsinstrumenten der zuständigen Behörde, usw. einverstanden? (Siehe Abschnitt 4.1.5. des Weißbuchs)

Hier sollte die Definition "der Fall hat keine Priorität" geschärft werden. Die EU-Industrie sollte die Möglichkeit haben, gegen diese Entscheidung der EU-Kommission Berufung einzulegen. Wenn es Beweise dafür gibt, dass illegale Subventionen vorhanden sind, der Fall aber keine Priorität hat, sollte das betroffene Unternehmen zumindest auf eine Beobachtungsliste gesetzt werden. Angesichts der massiven Verzerrungen, die sowohl im Rahmen des Globalen Forums zu Überkapazitäten im Stahlsektor als auch in Handelsschutzverfahren festgestellt wurden, sollte im Stahlsektor das Vorliegen wettbewerbsverzerrender Subventionen vermutet werden.

Es ist von Bedeutung, dass die EU-Kommission befähigt wird von Amts wegen zu handeln. Die EU-Industrie wiederum sollte die Möglichkeit haben, eine Beschwerde einzureichen. Im Falle der Verweigerung der Zusammenarbeit durch die betroffenen Unternehmen sollte die zuständige Behörde in der Lage sein, eine Entscheidung auf der Grundlage der verfügbaren Informationen zu treffen. Hierzu sollten die Informationen der Generaldirektion HANDEL zu sektoralen Subventionen, die in den jüngsten TDI-Untersuchungen gesammelt wurden sowie die Berichte über erhebliche Verzerrungen als ausreichende Beweise akzeptiert werden. Auf dieser Basis sollte die Einleitung der vorläufigen Überprüfung zu rechtfertigen sein.

3. Sind Sie mit den im Weißbuch dargelegten inhaltlichen Bewertungskriterien (Abschnitt 4.1.3) und der Liste der Abhilfemaßnahmen (Abschnitt 4.1.6) einverstanden?

Bestimmte ausländische Subventionen sollten per se als verzerrend angesehen werden, z.B. die in Abschnitt 4.1.3 aufgeführten, aber auch Subventionen an Begünstigte, die auf Märkten mit strukturellen Überkapazitäten tätig sind. Die Liste hierzu muss vorlaufend erneuert und ergänzt werden.

Strukturelle Abhilfemaßnahmen sollten zumindest dann bevorzugt werden, wenn es sich um umfangreiche Subventionen, sensible Sektoren, staatseigene oder staatlich gelenkte Unternehmen handelt. Abhilfemaßnahmen sollten abschreckend sein. Starke Sanktionen müssen auch im Falle mangelnder Kooperation während der Untersuchung ergriffen werden.

Es muss geklärt werden, wann Zusagen als "ausreichend" angesehen werden. Wenn Verpflichtungen akzeptiert werden, sollte ihre Umsetzung überwacht werden, und es sollten Abhilfemaßnahmen ergriffen werden, wenn diese verletzt werden.

4. Halten Sie es für sinnvoll, eine EU-Interessenprüfung für Ziele der öffentlichen Ordnung (Abschnitt 4.1.4) vorzusehen, und was sollte Ihrer Meinung nach als Kriterium in diese Prüfung einbezogen werden?

Für die Wirksamkeit des Instruments sind folgende Aspekte entscheidend:

- Ein starkes Interesse der EU an der Beseitigung der durch ausländische Subventionen verursachten Verzerrungen muss als Grundvoraussetzung gegeben sein.
- Die Einigkeit darüber, dass geförderte Wirtschaftstätigkeit oder die geförderten Investitionen, die selbst die politischen Ziele der EU auf kurze Sicht zu fördern scheinen, Verzerrungen und entsprechende langfristige Auswirkungen mit sich bringen können.
- Es muss anerkannt werden, dass eine starke industrielle Basis der EU mit nachhaltigen und diversifizierten Lieferketten selbst ein politisches Ziel von vorrangiger Bedeutung ist und dass es eine noch stärkere Prämisse für die Beseitigung von Verzerrungen geben muss, wenn dieses Ziel gefährdet ist.
- Der Prozess über die Auswertung des Gemeinschaftsinteresses muss hinreichend transparent sein und sollte die dafür relevanten EU-Industrien einbeziehen. Die finale Belastung der betroffenen Parteien sollte gleichmäßig und ausgewogen sein.

5. Sind Sie der Meinung, dass Modul 1 auch subventionierte Übernahmen abdecken sollte (z.B. solche, die unterhalb der unter Modul 2 festgelegten Schwelle liegen)? (Abschnitt 4.1.2)

Übernahmen, die unterhalb der für Modul 2 vereinbarten Schwelle abgewickelt werden, könnten zwar innerhalb von Modul 1 behandelt werden. Allerdings sollte den verschiedenen Parteien ein Höchstmaß an Rechtssicherheit geboten werden. Daher ist es wichtig, dass Modul 1 den vom Ausland subventionierten Erwerb von Nicht-EU-Targets abdeckt. Erfasst werden soll dadurch der Fall, dass ein von einem Drittland subventioniertes Unternehmen ein Nicht-EU-Target erwirbt, das jedoch in der EU aktiv ist.

7. Sind Sie damit einverstanden, dass die Durchsetzungsverantwortung nach Modul 1 zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten geteilt werden sollte (Abschnitt 4.1.7)?

Da die gemeinsame Handelspolitik und die Wettbewerbsregeln für einen funktionierenden Binnenmarkt ausschließliche Zuständigkeit der EU sind, sollte die Europäische Kommission die einzige Aufsichtsbehörde sein, insbesondere in Fällen, in denen mehrere Mitgliedstaaten von derselben ausländischen Subvention betroffen sind.

Wenn die Zuständigkeit stattdessen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten geteilt werden soll, muss geklärt werden, wie endgültige Entscheidungen getroffen werden und wie die Kohärenz gewährleistet werden soll.
